



Zweckverbandsvereinbarung

ZWECKVERBANDSVEREINBARUNG

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Die Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form gehalten. Wo im Folgenden männliche Personenbezeichnungen verwendet werden, sind darunter stets auch die entsprechenden weiblichen Bezeichnungen zu verstehen.

Art. 1, Rechtsform, Name, Sitz

Der Abwasserverband Altenrhein (nachfolgend AVA genannt) ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit (Art. 140ff Gemeindegesetz des Kantons St.Gallen). Ihm gehören die Gemeinden Eggersriet SG, Goldach SG, Grub AR, Heiden AR, Lutzenberg AR, Rehetobel AR, Rheineck SG, Rorschach SG, Rorschacherberg SG, Speicher AR, St.Margrethen SG, Thal SG, Untereggen SG, Walzenhausen AR und Wolfhalden AR an. Der Sitz des AVA befindet sich in der Politischen Gemeinde Thal SG.

Art. 2, Zweck

Der AVA nimmt im Auftrag seiner Verbandsgemeinden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Gewässerschutz, der Siedlungsentwässerung und der Abwasserreinigung wahr. Zu diesen Zwecken erstellt und betreibt er Verbandsanlagen. Er kann gegen Abgeltung weitere Aufgaben von Gemeinden oder Dritten übernehmen.

Zu weiteren Zwecken wie z.B. Energieproduktion oder Stoffrecycling aus Abwasser und Abfällen kann er Anlagen erstellen und betreiben.

Im Zusammenhang mit Standort- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen kann er weitere Tätigkeiten ausüben.

Von Dritten kann der AVA Aufträge entgegen nehmen, wenn diese mit dem Verbandszweck vereinbar sind und nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entschädigt werden.

II. VERBANDSORGANE

Art. 3, Organe

Organe des AVA sind:

- a) die Delegiertenversammlung
- b) der Verwaltungsrat
- c) die Kontrollstelle

Die Amtsdauer der Organe entspricht jener der Gemeindebehörden des Kantons St.Gallen.

1. Delegiertenversammlung

Art. 4, Zusammensetzung, Wahl, Vorsitz

Die zuständige Behörde der Gemeinde wählt die Delegierten nach folgendem Schlüssel.

Verbandsgemeinden mit	bis	4000	=	2 Vertreter
Einwohnerzahlen	bis	8000	=	3 Vertreter
	über	8000	=	4 Vertreter

Massgebend ist der Einwohnerstand am 31. Dezember des Vorjahres.

Vorsitzender der Delegiertenversammlung ist der Präsident des Verwaltungsrats, im Verhinderungsfalle der Vizepräsident des Verwaltungsrats.

Art. 5, Einberufung, Beschlussfassung

Die Delegiertenversammlung wird vom Präsidenten einberufen:

- so oft es die Geschäfte erfordern
- wenn es zwei oder mehr Gemeinden verlangen
- mindestens einmal jährlich

Die Delegierten werden spätestens 30 Tage vor der Versammlung eingeladen.

Beschlüsse werden mit dem Mehr der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Stichentscheid.

2. Verwaltungsrat

Art. 6, Zusammensetzung, Vorsitz

Der Verwaltungsrat setzt sich aus den Präsidenten der Verbandsgemeinden zusammen. Die Verbandsgemeinde kann ausnahmsweise ein anderes Mitglied des Gemeinderats in den Verwaltungsrat abordnen. Der Verwaltungsrat unterbreitet der Delegiertenversammlung aus seinem Kreis einen Wahlvorschlag für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Verwaltungsratsmitglieder können gleichzeitig Delegierte sein.

Vorsitzender des Verwaltungsrats ist der Präsident, im Verhinderungsfalle der Vizepräsident.

Art. 7, Einberufung, Beschlussfassung

Der Verwaltungsrat wird durch den Präsidenten einberufen.

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit dem Mehr der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Stichentscheid.



Zweckverbandsvereinbarung

3. Kontrollstelle

Art. 8, Zusammensetzung

Die Kontrollstelle besteht aus drei Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte den Präsidenten. Die Mitglieder der Kontrollstelle dürfen keinem anderen Organ des AVA angehören. Angestellte der Gemeinden können nicht in die Kontrollstelle gewählt werden.

III. AUFGABEN DER VERBANDSORGANE

1. Delegiertenversammlung

Art. 9, Wahlgeschäfte

Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ des AVA. Die Delegiertenversammlung wählt:

- a) den Präsidenten
- b) den Vizepräsidenten
- c) die Kontrollstelle

Art. 10, Aufgaben

Der Delegiertenversammlung obliegen folgende Aufgaben:

- a) Beschlussfassung über Ausbauprogramme und Investitionspläne
- b) Beschlussfassung über Finanzierungspläne
- c) Erlass des Abwassergebührenreglements
- d) Beschlussfassung über den Voranschlag und die Jahresrechnung
- e) Beschlussfassung über den Geschäftsbericht
- f) Erwerb und Verkauf von Grundstücken mit einem Preis von über Fr. 3'000'000.--
- g) Beschlussfassung über neue Ausgaben. Neue Ausgaben unter Fr. 3'000'000.-- können mit dem Voranschlag beschlossen werden. Neue Ausgaben, welche die Höhe von Fr. 25'000'000.— übersteigen, erfordern die Zustimmung aller Verbandsgemeinden.

Die Delegiertenversammlung zieht den Geschäftsführer zu den Versammlungen bei. Dieser hat beratende Stimme

2. Verwaltungsrat

Art. 11, Aufgaben

Der Verwaltungsrat ist das ausführende Organ des AVA. Ihm sind alle Geschäfte zur selbständigen Erledigung übertragen, welche nicht der Delegiertenversammlung vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat zieht den Geschäftsführer zu den Sitzungen bei. Dieser hat beratende Stimme.

Dem Verwaltungsrat obliegt folgende Aufgaben:

- a) Organisation und strategische Führung des AVA. Der Verwaltungsrat erlässt dafür die Geschäftsordnung. Darin sind die Zuständigkeiten und Kompetenzen innerhalb der Organisation geregelt.
- b) Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen der Geschäftsordnung.
- c) Vergabe von Unterhaltsarbeiten sowie Anschaffungen aller Art im Rahmen des jährlichen Voranschlags.
- d) Beschlussfassung über unvorhersehbare, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben bis zu Fr. 1'500'000.— je Jahr
- e) Erwerb und Verkauf von Grundstücken mit einem Preis bis zu Fr. 3'000'000.--. Begründung von dinglichen Rechten und Pflichten
- f) Erteilung von Projektierungsaufträgen
- g) Durchführung von Arbeitsvergaben. Der Verwaltungsrat regelt dazu die Zuständigkeiten und Kompetenzen in der Geschäftsordnung
- h) Genehmigung von Bauabrechnungen
- i) Vorbereitung der Geschäfte mit Antragstellung an die Delegiertenversammlung und Vollzug der Beschlüsse der Delegiertenversammlung
- j) Anstellung des Geschäftsführers
- k) Erlass der Anstellungsbedingungen für das Personal
- l) Festsetzung von Sitzungsgeldern und der Bezüge des Präsidenten und des Geschäftsführers
- m) Wahl der externen Revisionsstelle für die Rechnungsprüfung
- n) Festlegung von Tarifen und Gebühren

3. Kontrollstelle

Art. 12, Aufgaben

Die Kontrollstelle prüft Voranschlag, Jahresrechnung sowie Bauabrechnungen auf ihre Richtigkeit und Gesetzmässigkeit. Sie prüft die Geschäftsführung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Sie stellt durch Einsichtnahme in Protokolle und andere Akten, durch Besichtigungen, Befragungen sowie auf andere Weise fest, ob die Aufgaben richtig erfüllt worden sind.



Zweckverbandsvereinbarung

Sie erstattet der Delegiertenversammlung Bericht und stellt Antrag.

Die Rechnungsprüfung wird einer aussenstehenden, fachkundigen Revisionsstelle übertragen. Diese wird auf Antrag der Kontrollstelle durch den Verwaltungsrat gewählt und erstattet der Kontrollstelle und dem Verwaltungsrat Bericht.

IV. EIGENTUM DER ANLAGEN

Art. 13, Eigentum

Die zentrale Abwasserreinigungsanlage, das Verbandskanalisationsnetz, die Verbandspump- und Spezialbauwerke und die weiteren Verbandsanlagen sind Eigentum des AVA. Die Verbandsgemeinden gewähren dem AVA die notwendigen Durchleitungs- und Baurechte.

V. BETRIEB DER ANLAGEN

Art. 14, Zusammenarbeit, Abwasserreglemente

Die Verbandsgemeinden und der AVA arbeiten in Fragen der Siedlungsentwässerung zusammen. Das integrale Netz- und Einzugsgebietsmanagement wird gefördert. Der AVA unterstützt die Verbandsgemeinden fachlich. Die Verbandsgemeinden sind angehalten, die Empfehlungen des AVA in ihre Regelwerke aufzunehmen.

Jede Verbandsgemeinde erlässt für ihr Gebiet ein Abwasserreglement. Dieses darf keine Bestimmungen enthalten, die denen des AVA oder weiteren für die Verbandsgemeinden verbindlichen Beschlüssen des AVA widersprechen.

VI. FINANZIERUNGSGRUNDSÄTZE

Art. 15, Rechnungsführung

Haushalts- und Rechnungsführung erfolgen sachgemäss nach dem St.Galler Gemeindegesetz.

Art. 16, Kostenverteiler, Finanzierungsplanung, Abwassergebührenreglement

Die Gemeinden tragen die Kosten für die Erfüllung der Verbandsaufgaben. Die Kostenverteilung erfolgt nach dem Verursacherprinzip in Form von Abwassergebühren.

Jährlich muss eine Finanzierungsplanung erstellt werden. Die Höhe der Abwassergebühren ist darauf auszurichten.

Die Verrechnung der jährlichen Abwassergebühren an die Verbandsgemeinden hat nach den Grundsätzen des Abwassergebührenreglements zu erfolgen.

VII. BEITRITT, AUSTRITT UND AUFLÖSUNG

Art. 17, Beitritt

Der AVA kann weitere Gemeinden als Mitglieder aufnehmen.

Art. 18, Austritt

Der Austritt einer Verbandsgemeinde kann unter Wahrung einer fünfjährigen Kündigungsfrist auf Ende eines Kalenderjahres erfolgen.

Mit dem Austritt fällt jeder Anspruch am Verbandsvermögen oder auf Rückerstattung von Leistungen dahin.

Die austretende Gemeinde haftet anteilmässig für alle Verbindlichkeiten, die während ihrer Mitgliedschaft entstanden sind.

Art. 19, Auflösung

Der AVA kann aufgelöst werden, wenn die Erfüllung seines Zwecks anderweitig sichergestellt ist.

Im Auflösungsbeschluss sind insbesondere zu regeln:

- die Verwendung des Vermögens
- die Haftung der Gemeinden für die Verbindlichkeiten des AVA

Die Auflösung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Gemeinden.

VIII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 20, Staatsaufsicht

Der AVA steht unter Aufsicht der Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden.

Art. 21, Schiedsgericht

Streitigkeiten zwischen den beteiligten Gemeinden oder zwischen dem AVA und einzelnen Gemeinden werden gemäss Art. 5 des Staatsvertrages zwischen den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden vom (Datum anpassen: wird neu aufgesetzt) von den zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörden und Gerichten der beteiligten Vertragspartner entschieden.

Art. 22, Änderung der Vereinbarung

Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden sowie der Genehmigung der zuständigen kantonalen Behörden.

**Zweckverbandsvereinbarung****Art. 23, Inkrafttreten**

Diese Zweckverbandsvereinbarung ersetzt die bisherige Vereinbarung vom 10. September 2008 und tritt nach Annahme durch alle Verbandsgemeinden sowie nach Genehmigung der zuständigen Behörden der Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden in Kraft.

Genehmigungsvermerke:

27. Februar 2013

Genehmigt durch die Delegierten des Abwasserverbands Altenrhein

Abwasserverband Altenrhein

Der Präsident
Robert Rath

Der Aktuar
Elmar Büchel

Für die Gemeinde Eggersriet:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Eggersriet

Für die Gemeinde Goldach:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Goldach



Für die Gemeinde Grub:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10. September 2013 bis 30. September 2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Einwohnergemeinde Grub

Für die Gemeinde Heiden:

Dem obligatorischen Referendum unterstellt und von den Bürgern der Gemeinde Heiden an der Abstimmung vom gutgeheissen.

Datum: Einwohnergemeinde Heiden

Für die Gemeinde Lutzenberg:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10. September 2013 bis 30. September 2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Einwohnergemeinde Lutzenberg

Für die Gemeinde Rehetobel:

Dem Verbandsbeitritt zugestimmt an der Volksabstimmung vom 23. September 2012

Datum: Einwohnergemeinde Rehetobel

Für die Gemeinde Rheineck:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Rheineck



Für die Gemeinde Rorschach:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Rorschach

Für die Gemeinde Rorschacherberg:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Rorschacherberg

Für die Gemeinde Speicher:

Dem Verbandsbeitritt zugestimmt an der Volksabstimmung vom 23. September 2012

Datum: Einwohnergemeinde Speicher

Für die Gemeinde St.Margrethen:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde St.Margrethen

Für die Gemeinde Thal:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Thal



Für die Gemeinde Untereggen:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10.09.2013 bis 20.10.2013

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Politische Gemeinde Untereggen

Für die Gemeinde Walzenhausen:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10. September 2013 bis 30. September 2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Einwohnergemeinde Walzenhausen

Für die Gemeinde Wolfhalden:

Dem fakultativen Referendum unterstellt von 10. September 2013 bis 30. September 2013.

Während der gesetzeskonformen öffentlichen Auflage ist kein Referendumsbegehren gestellt worden.

Datum: Einwohnergemeinde Wolfhalden

Datum: Baudepartement des Kantons St.Gallen

Datum: Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden